

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 44.

Charlottenburg, Freitag, den 29. Oktober 1920.

Jahrg. 47.

Vom Betriebsrätekongreß.

In voriger Nummer unseres Blattes haben wir die Beschlüsse veröffentlicht, die der Betriebsrätekongreß gefaßt hat. Heute wollen wir den wesentlichsten Inhalt der beiden Referate von Wissell und Hilferding zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen, die nicht nur für diejenigen, die als Delegierte auf dem Kongreß waren, sondern für alle Arbeiter von Interesse sind.

Genosse Wissell referierte über „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“, Hilferding über „Die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse und die Sozialisierungsfrage“.

Beim ersten Punkt entrollte Genosse Wissell ein erschütterndes Bild von Deutschlands Wirtschaftslage. Er schilderte den Aufbau, der während des Krieges in Deutschland sowohl mit den Rohstoffen wie mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben wurde, ferner die Schwächung, die das deutsche Wirtschaftsleben durch die Gebietsverminderung erlitten hat und die unter anderem auch dazu zwingt, das zur Wiederbelebung unserer Industrie so notwendige Eisenerz zum größten Teil vom nunmehrigen Ausland anzuführen. Was wir vor dem Kriege brauchten, bezahlten wir mit unserer Einfuhr und den Erträgen unserer Schifffahrt, da die deutschen Reedereien für manches Land der Erde Frachtführer gewesen sind. Heute haben wir eine deutsche Flotte, die uns Ertrag geben könnte, nicht mehr. Der Redner wies dann noch an zahlreichen Beispielen nach, daß noch auf Jahre hinaus bei uns Schmalhans Rüchensmeister sein müsse. Aus diesem Elend könne das kapitalistische Wirtschaftssystem uns natürlich nicht herausheilen. Durch den niedrigen Stand unserer Papiermark sind wir gezwungen, für die Waren, die wir aus dem Ausland beziehen mußten, immer höhere Papiermarkbeträge anzulegen. In demselben Maße wuchs aber auch der Verdienst der Unternehmer bei der Ausfuhr. Da erwuchs in den Reihen der Arbeiter der Gedanke, daß man diese vergrößerten Ausfuhrerträge doch mindestens zu einem kleinen Teil erfassen müßte, um den Ärmsten der Armen, den Invaliden, eine Besserung ihrer Lage zu ermöglichen. So kam es zur sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe. Die Unternehmer suchten diese Ausfuhrabgabe zu sabotieren, und leider finden sich Arbeiter, die sich noch in das Schlepptau der Unternehmer nehmen lassen und die Eingabe der Unternehmer auf Beseitigung der Abgabe unterstützen. Dies beweist, daß es den zu Betriebsräten gewählten Arbeitern noch sehr an dem Maße des Wissens fehlt, das sie unbedingt brauchen, wenn sie ihren Posten ausfüllen sollen.

Der Redner ging dann noch weiter auf die jetzige Wirtschaftslage ein. Unsere heutige Wirtschaft ist unfähig, die Probleme zu lösen, die der verlorene Krieg uns auferlegt hat. Man fängt an, zu begreifen, daß die freie Wirtschaft doch nicht das richtige war, um das Elend zu meistern, in dem wir uns befinden. Wir brauchen neue Wirtschaftsformen. Wir müssen dafür sorgen, daß innerhalb der einzelnen Betriebe möglichst weitgehende Verwendung einheimischer Roh- und Werkstoffe erfolgt, damit uns die teuren ausländischen Rohstoffe nach Möglichkeit erspart bleiben. Wir brauchen sparsamste Ausnutzung unserer Kraftquellen, besonders die rationelle Wärmewirtschaft. Der Redner schloß mit der eindringlichen Aufforderung, den Blick freizuhalten und sich zu bemühen, frei von Voreingenommenheit die Dinge zu betrachten, wie sie sind.

Galt die Rede des Genossen Wissell der düsteren Gegenwart, so galten Hilferdings Ausführungen der Zukunft, die ja allerdings keineswegs rosig aussieht. Er beschäftigte sich vorwiegend mit der Frage der Sozialisierung. Beim Zusammenbruch im Jahre 1918 wurde die sofortige Sozialisierung unterlassen. Des geschah

nicht aus Furcht der Führer, sondern weil die Arbeiterschaft zunächst unmittelbare Verbesserung ihrer Existenz zu erringen suchte. Dadurch geriet die Revolution in Gefahr, in Lohnbewegungen aufgelöst zu werden; die Konzentration der Kraft auf Umänderung des Systems wurde eine geringere, und davon kam es, daß die Sozialisierung keine Fortschritte machte. Die Arbeiterschaft bemächtigte sich damals der ökonomischen Macht nicht. Statt dessen kam es zu den Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse, nicht um konkrete Probleme, sondern wegen formelhafter Auffassung der politischen Entwicklung. Dadurch konnte das Bürgertum seine Macht wieder befestigen. In der ersten Zeit nach der Revolution war eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse zu verzeichnen; die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Löhne gingen in die Höhe. Das dauerte aber nicht lange. Deutschland war schon vor dem Kriege ein Land niedriger Arbeitslöhne. Auch heute ist die deutsche Arbeiterschaft die schlechtest bezahlte im Vergleich mit der Arbeiterklasse anderer Länder.

Es dauerte viel zu lange, bis die Nationalversammlung auch nur die wichtigsten Steuergesetze verabschiedete, und bis heute sind sie noch nicht durchgeführt. Der Redner schilderte ferner den volkswirtschaftlichen Schaden infolge des vermehrten Papiergeldumlaufs. Ein Preisabbau ist erst dann möglich, wenn der Notendruck Einhalt getan wird. Zum Beweise seiner Ausführungen führte der Redner eine Reihe von Zahlen an. Das bedeutet eine absolute Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse und zugleich die letzte Ursache der Krise. Die Kaufkraft der arbeitenden Massen ist in einer solchen Weise hinter der Preissteigerung zurückgeblieben, daß kein Absatz der Waren vorhanden ist, trotz dringenden Bedarfes. Das führt zu neuer Arbeitslosigkeit, neuem Sinken des Einkommens, neuer Verstärkung der Krise.

Die Kapitalistenklasse mag nach der Anzahl ihrer Personen abgenommen haben. Zu gleicher Zeit hat jedoch eine außerordentliche innere Befestigung des Kapitalismus stattgefunden. Die Macht der Klasse als solche hat keine wesentliche Verminderung erfahren.

Der Redner schilderte dann die Zerrüttung der Staatswirtschaft und belegte auch diesen Teil seiner Ausführungen mit einer Reihe von Zahlen. Um aus diesem Elend herauszukommen, fordert man Produktionssteigerung. Die kapitalistische Wirtschaft hat aber nicht zu einer solchen geführt, sondern zu einer Produktionsverminderung. Wir kommen aus diesen immer neuen Krisen aber nur heraus, indem wir die Produktionssteigerung zu erzielen suchen durch eine vollständige Systemänderung der Wirtschaft, indem wir diese nicht mehr abhängig machen vom Privatwillen einzelner, sondern indem wir die Wirtschaft planmäßig einrichten und zentral organisieren auf die notwendige Bedarfsdeckung aller Gesellschaftsmitglieder, das heißt also, indem wir an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische setzen.

Was verstehen wir unter einer sozialistischen Wirtschaft? Wir müssen uns darüber klar werden, weil es unseren ganzen zukünftigen Kampf erschwert, wenn wir uns nicht darüber verständigen, welches das Ziel unserer nächsten Kämpfe sein muß. Die Frage, um die es sich handelt, ist die, ob diese Wirtschaft hierarchisch-kapitalistisch oder demokratisch-sozialistisch sein soll. Wenn das letztere der Fall sein soll, so kann Sozialismus nicht Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten bedeuten, sondern nur ihre Ausschaltung als Kapitalisten. Es ist eine Utopie, zu meinen, daß wir den Kapitalismus zwar beibehalten, aber durch Verordnungen von oben her oder durch irgendwelche Organisationen die kapitalistischen Preisgesetze ausschalten können. Diese kapitalistischen Preisgesetze sind nicht willkürlich. Die ganze Pro-

proportionalität innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hängt von der kapitalistischen Preisgestaltung ab. Diese Proportionalität wird immer wieder gestört durch die periodischen Krisen.

Gilferding wandte sich dann gegen die Versuche, solche Proportionalität mit Hilfe sogenannter Selbstverwaltungskörper herbeizuführen, die auf dem Prinzip der Parität beruhen. Was heißt denn Parität? Wo steht denn geschrieben, daß ein Unternehmer, der tausend Arbeiter beschäftigt, auf die Produktion genau denselben Einfluß haben soll wie die tausend Arbeiter? Das ist doch der Sinn der Parität. Der Einigkeit der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse steht gegenüber, daß die Front der Arbeiterschaft immer wieder durchbrochen wird. Die Parität bedeutet in Wahrheit eine Verstärkung der Herrschaft des Kapitalismus. Wir fordern Ausschaltung des Kapitalisten. Unter dieser Voraussetzung wollen wir an die Beantwortung der Frage gehen, welche Bedingungen die Sozialisierung zu erfüllen haben wird. Sozialismus ist Machtfrage. Aber diese Macht ist wiederum in doppelter Hinsicht zu verstehen. Es ist erstens die Frage der Macht zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse und zweitens die Frage, über welche ökonomischen Machtmittel die Arbeiterklasse verfügt, wenn sie zur Macht kommt. Wenn in einem agrarischen Lande die Arbeiterklasse zur Macht kommt und die Bauernschaft aus ihrem Klasseninteresse heraus die Industriearbeiterschaft unterstützt, dann mag es für die Arbeiterklasse leichter sein. Für Deutschland und für ganz Westeuropa muß die Sozialisierung jedoch die Bedingung erfüllen, daß der Fortgang der Produktion gesichert ist. Wir sind heute mehr als je darauf angewiesen, industrielle Rohstoffe, Nahrungsmittel und Futtermittel aus dem Ausland zu beziehen. Diese können wir nur dann bekommen, wenn wir sie mit Waren bezahlen. Deshalb darf unsere Produktion nicht eingeschränkt werden. In Deutschland würde die Bauernschaft die Lieferung sofort einstellen, wenn wir ihr nichts anderes zu geben hätten als das entwertete Papiergeld. Unsere Sozialisierungsmethoden müssen solche sein, die zu einer Steigerung der Produktion führen.

In neuester Zeit wird uns die Lehre gepredigt, die Arbeiter müßten erst durch einen Ozean von Leiden hindurchgehen, bis wir die wirkliche sozialistische Gesellschaft durchgesetzt haben. Ich habe von Anfang an gesagt, daß der Sozialismus an die Arbeiterschaft außerordentlich hohe geistige und moralische Anforderungen stellt. Redner entwarf dann ein Bild von der Schwere der Arbeit in einem Walzwerk und in einer Eisenhütte und zeigt daran, was es bedeutet, wenn wir von der Arbeiterschaft verlangen: Ihr erobert die politische Macht, aber Ihr dürft Euch trotz alledem nicht mit dem Herrenbewußtsein erfüllen, daß Ihr Euch nun nicht zu quälen und zu arbeiten braucht. Wenn wir auch noch so große Bewunderung haben für die Geduld, mit der die russische Arbeiterklasse ihr Elend erträgt, so müssen wir uns klar sein, daß die große Masse der an eine viel höhere Lebenshaltung gewöhnten Arbeiter dieses Elend einfach nicht ertragen könnte, und daß unter dem Widerstande dieser Schicht die sozialistische Herrschaft zusammenbrechen müßte. Wir müssen also sozialisieren in einer Form, die keinen Produktionsrückgang bringt, sondern eine Produktionssteigerung.

Ich bin aber überzeugt, daß eine organisch aufbauende Methode der Sozialisierung diese Produktionssteigerung bewirken kann. Die kapitalistische Produktion ist in vieler Beziehung eine außerordentlich verschwenderische Produktion. Aber mit nichts wird mehr Verschwendung getrieben als mit der menschlichen Arbeitskraft.

Eine weitere Bedingung ist die, daß wir die Sozialisierung nur durchführen können mit Hilfe der qualifizierten Arbeit. Es ist ein großer Gewinn für die westeuropäische Arbeiterbewegung, daß es uns immer mehr gelingt, die Ingenieure, die kaufmännischen Leiter usw. zunächst in die gewerkschaftliche Bewegung und in immer höherem Maße in die sozialistische Bewegung hineinzubekommen. Es ist eine Lebensfrage für uns, daß das Verhältnis zwischen Kopf- und Handarbeit ein immer innigeres wird.

Die Form der Sozialisierung, unter der wir uns nicht als Sozialisierung, als Selbstverwaltung der Produktion. Wir wollen die sozialisierte Produktionsweise verwalten wissen von Selbstverwaltungskörpern der Industrie, von Industrieparlamenten, in denen sich und Stimme haben nur diejenigen, die wirklich unmittelbar an der Produktion etwas zu tun haben, also die leitenden Kräfte der Industrie, die Arbeiter, die Konsumenten und die Vertreter der Allgemeinheit, die von der gesamten Wirtschaftsinflanz zu ernennen sind. Diese einzelnen Industrieparlamente sollen dann zusammengefaßt werden zu einem ersten Wirtschaftsparlament, das dann die Richtlinien für die gesamte Produktion geben kann. Wir erwarten weiter, daß in einer so organisierten sozialisierten Industrie der Wettbewerb nicht ausfällt. Im Gegenteil wird das Interesse eines

jeden Arbeiters an einer möglichst guten Ausgestaltung dieses gesellschaftlichen Arbeitsprozesses ganz außerordentlich gesteigert, weil er nicht mehr fürchten muß, daß irgendeine Verbesserung des Arbeitsprozesses, die er angibt, der Allgemeinheit zugute kommt und nicht vom Unternehmer angeeignet wird. Ferner ist es auch gar nicht der Fall, daß die Unternehmer es sind, die die große Initiative entwickeln, um die Produktion vorwärtstreiben. Die Unternehmer, die zugleich Kapitalbesitzer und Initiatoren sind, sind verhältnismäßig selten. Dann aber sind es meist Männer, die diese Initiative hauptsächlich auf dem kaufmännisch-organisatorischen Gebiet entwickeln, im Konkurrenzkampf. Die technischen Leiter der Produktion sind auch heute im kapitalistischen Betriebe zum größten Teil schon auf Lohn gesetzte Angestellte. Deren Lohn mag sehr hoch sein, und wir haben in der sozialistischen Gesellschaft gar keinen Grund, namentlich in der Übergangszeit, diese Löhne zu ermäßigen. Sozialismus bedeutet überhaupt nicht irgendeine mechanische Gleichheit, sondern Gleichheit des Ausgangspunktes, daß jeder in gleicher Weise der Gesellschaft die Möglichkeit erhält, alle seine Fähigkeiten möglichst Weise zu entfalten. Sozialismus braucht also nicht Gleichheit des Einkommens zu bedeuten. Es gibt also kein Ziel, im sozialistischen Betriebe durch Angebot hoher Entlohnung Leiter zu gewinnen. Es wird darum an Leitern nicht fehlen. Man wird sehen, daß von den sozialisierten Betrieben eine besser arbeitet als der andere, man wird erfolgreiche Leiter belohnen und unfähige entfernen können.

Ich wiederhole, daß der Sozialismus eine Machtfrage ist. Wir müssen uns erst in den Besitz der kapitalistischen Machtpositionen setzen und diese überführen in die Verfügungsgewalt der sozialistischen Gesellschaft. Es handelt sich also zunächst um die Sozialisierung der wichtigsten Rohstoffe Kohle und Eisen. Dann die Sozialisierung der Kräftegewinnung, also der Elektrizität, ferner die Sozialisierung der Grobisenindustrie. Wenn wir diese Schlüsselindustrien in der Hand haben, dann haben wir in Wirklichkeit auch die Herrschaft über die ganze weiterverarbeitende Industrie und können unter Umständen dafür sorgen, daß auch, solange dort noch private kapitalistische Produktion möglich ist, der Unternehmergewinn gewisse Grenzen nicht übersteigt. Dann können wir auch in großem Maße Produktionspolitik treiben.

Dieselbe Machtposition bedeutet auf agrarischem Gebiete Verfügung über den Großgrundbesitz, über die Forsten. Unter den deutschen und westeuropäischen Verhältnissen wäre die Abschlagung des Großgrundbesitzes ein technischer Rückschritt. Wir wollen keine Expropriation der Bauern; wir wollen sie durch eine bestimmte Agrarpolitik, durch Förderung des Genossenschaftswesens für uns gewinnen oder wenigstens neutralisieren.

Weiter müßte das Proletariat, wenn es zur Macht kommt, sofort entscheidend eingreifen beim Baugewerbe. Wir haben massive Wohnungsnot und daneben ungeheure Arbeitslosigkeit im Bauarbeiter. Wir brauchen Sozialisierung des Grund und Bodens, brauchen energische Kommunalpolitik. Diese muß aber gestützt werden durch Sozialisierung der Baustoffindustrie. Wenn wir heute dem Baugewerbe große Zuschüsse aus staatlichen oder kommunalen Mitteln zur Verfügung stellen würden, so wäre nächste Folge eine Verteuerung des Grund und Bodens und des Wohnungsbaues.

Nunmehr wandte Genosse Gilferding sich dem Gebiete der Wohnungsbaufrage zu, auf dem in nächster Zeit große Entscheidungen fallen werden, die Vorschläge, die die Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Wohnungsbauwesens gemacht hat. Es liegen zwei Vorschläge vor. Der eine geht auf die Vollsozialisierung und verlangt, daß der Kapitalist aus dem Bergbau verschwindet. Redner schilderte die Einzelheiten dieses Vorschlages. Der zweite Vorschlag gibt die oberste Leitung ebenso wie der erste dem Kohlenrat, will aber den Unternehmer als solchen beibehalten. Kapitalisten, Arbeiter, Konsumenten und Vertreter der Allgemeinheit sind im Kohlenrat paritätisch vertreten. Dieser übernimmt die Kohlenproduktion zu den buchmäßig festgestellten Selbstkosten. Aus dem Ertrag werden Prämien verteilt je nach den Betriebsergebnissen an Arbeiter, Angestellte usw. Das sieht auch der zweite Vorschlag vor. Außerdem wird davon bestritten die Verzinsung des im Kohlenbergbau angelegten Kapitals und eine Zinsungsquote bereitgestellt, so daß nach Ablauf einer vom Gesetz bemessenden Zeit der Übergang der Werke in den Besitz des Kohlenrats, also der Gemeinschaft, erfolgen könnte. Wir empfehlen die Vollsozialisierung als Mindestforderung.

Wir erstreben die Sozialisierung der gesamten Produktion, aber wenn uns die Machtverhältnisse schon zwingen, diese Sozialisierung Schritt für Schritt vorzunehmen, dann erscheint mir als Mindestmaß, daß wir wenigstens in dem betroffenen Produktionszweig eine wirkliche Sozialisierung erreichen und nicht wiederum eine solche paritätische Organisation. Der Vorschlag II, der

Kapitalisten in seiner Stellung erhält, ist auch technisch ein außerordentlich unpraktischer Vorschlag. Es wird eine gewisse Produktionspolitik möglich sein, man wird gewisse Dinge, Vermehrung der Produktion, Anwendung neuer technischer Methoden usw., vielleicht etwas rascher durchsetzen, aber es bleibt die kapitalistische Herrschaftstellung. Die kapitalistische Presse führt wütende Kämpfe gegen beide Vorschläge; wir haben damit zu rechnen, daß wir den gleichen Kampf aufnehmen müssen, ob es sich um Voll- oder Teilsozialisierung handelt. Der Kampfesgeist der Arbeiterklasse kann nur lebendig sein im Kampfe für die Vollsozialisierung. In diesem Kampfe haben die Gewerkschaften außerordentlich hohe Aufgaben zu erfüllen. Das sind Kämpfe, bei denen es auch auf die Betriebsräte ankommt; es wird nicht nur auf den parlamentarischen Beschluß ankommen.

Der Redner wies auf die Aenderung im geistigen Wesen der englischen Gewerkschaften hin, ferner auf den englischen Gilde-Sozialismus, der die Gewerkschaft als Träger der Sozialisierung auffaßt. Für die englische Arbeiterbewegung bedeutet das eine ungeheure Revolutionierung. Die Gewerkschaften waren vor dem Kriege theoretisch mehr oder weniger, wie es im Mannheimer oder Genauer Parteitagbeschuß hieß, von sozialistischem Geiste erfüllt. Die gesamte Arbeiterbewegung war vor dem Kriege jedoch außerordentlich reformistisch auf die Tagesfragen eingestellt. Wenn heute weiterkommen wollen, dann muß diese Erfüllung mit sozialistischem Geiste in den Gewerkschaften eine Realität werden. Und auch hier haben wir schon eine ganze Reihe von Fortschritten zu verzeichnen. Die Bergarbeiter, die die Sozialisierung verlangen, werden bei diesen Kämpfen nicht allein gelassen werden dürfen, sondern die gesamte Macht der Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, müssen sich hinter die Bergarbeiter stellen, damit wir diesen Kampf erfolgreich zu Ende führen können. Es ist nicht eine Aufgabe, darüber zu sprechen, daß auch in der inneren Struktur, in den Organisationsformen der Gewerkschaften wahrscheinlich, je mehr sie sich als Träger der Sozialisierung fühlen werden, gewisse Umänderungen nötig werden.

Die Rolle der Betriebsräte ist eine doppelte. Erstens haben sie eine Erziehungsaufgabe. Sie müssen dafür sorgen, daß sie in die Geheimnisse der kapitalistischen Produktion eindringen, daß sie über das Betriebsrätegesetz hinaus sich die notwendigen Bedingungen schaffen, um eine wirkliche Einsicht in die Produktion, alle Geheimnisse des kapitalistischen Betriebes, eine wirkliche Produktionskontrolle erringen. Aber wir wissen: Sozialistische Erziehungsaufgabe bedeutet zugleich Kampf. Die große Aufgabe der Betriebsräte ist, unmittelbar im Betriebe die gesamte Arbeiterklasse zusammenzufassen. Die Betriebsräte dürfen ihre beruflichen und betrieblichen Augenblicksinteressen dem Allgemeininteresse nicht voranstellen.

Für die bevorstehenden Kämpfe brauchen wir die Einheit des Proletariats. Diese ist aber nur zu erreichen, wenn wir das Proletariat um Kampfsparolen sammeln, die wirklich seinen Klasseninteressen und seinem Bewußtsein entsprechen. Wir wollen den Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues führen, weil wir damit hoffen können, das gesamte Proletariat wieder einmal zu einigen in einer großen, einigenden Aktion. Wenn wir den Kampf für das wichtigste Gebiet siegreich durchgekämpft haben, dann werden die weiteren Kämpfe erleichtert. Der Kampf wird auch dadurch erleichtert werden, daß das Proletariat sehen hat, was es vermag, wenn es einig ist.

Wir führen diesen Kampf nicht nur um materielle Interessen, sondern weil wir hoffen, dadurch eine neue Ära der Kultur abzuführen, weil wir dann auch teilnehmen können an dem, was das Leben erst lebenswert macht, an den großen Schätzen der Kultur, die unsere Arbeit geschaffen hat, an der Kunst und der Wissenschaft. Dazu brauchen wir in diesem Kampfe auch mehr Sozialismus. Der Redner schloß mit einigen Sätzen, in denen der englische Gilde-Sozialist Cole den Idealismus in der Arbeiterbewegung verherrlicht.

Nach der Diskussion über die beiden Referate, an der sich der Redner beteiligte, hielten die Referenten ein Schlußwort.

Genosse W i s s e l l konnte hervorheben, daß von keiner Seite nur die geringsten sachlichen Einwände gegen seine Ausführungen erhoben worden seien. Er wandte sich sodann gegen die Anträge, die die Kompetenzen des Kongresses überschreiten, und empfahl, die Entschlüsse zu beschränken auf die wesentlichen Punkte und sie dann durch ihre Wucht nach außen wirken zu lassen. In den Anträgen sei manches Verehrte; es könne doch nicht ohne eingehende Aussprache erledigt werden. Es seien aber Fragen, die die dringendste Aufmerksamkeit erfordern. Deshalb schlägt er vor, die von beiden Referenten vorgelegten Resolutionen anzunehmen und alle anderen Anträge dem neuzuspendenden Beirat für die Betriebsrätezentrale zu überweisen. Er meinte Hilferding durchaus zu, daß nur dort zur Sozialisierung

geschritten werden dürfe, wo die Voraussetzungen einer Ertragssteigerung gegeben sind, denn sonst würden wir mit der Sozialisierung nicht vorwärts kommen. Aber auch in der großen übrigen Wirtschaft, die noch nicht reif zur Sozialisierung ist, solle man nicht alles so laufen lassen. Gerade wenn wir Maßnahmen treffen wollen zur Beschäftigung der Arbeitslosen, so müßten wir uns auch zu Maßnahmen verstehen in den Wirtschaftszweigen, die heute noch nicht sozialisierungsreif sind.

Genosse W i s s e l l erhob dann nochmals eindringlich die Forderung, daß die Betriebsräte sich das Maß von wirtschaftlichen Kenntnissen verschaffen, das zur Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt notwendig ist. Er wäre froh, wenn die Hunderttausende von Betriebsräten, die wir haben, die Rechte restlos ausnützten, die sie heute schon besitzen. Das geschähe leider nicht, weil es an der nötigen Erfahrung und Schulung der Arbeiter fehlt.

Dr. H i l f e r d i n g trat der Auffassung entgegen, es könnte an einem bestimmten Tage dem Proletariat das Signal gegeben werden: Nun geht hinaus und erobert die politische Macht! Die Eroberung der politischen Macht vollzieht sich in einer ganzen Anzahl von Kämpfen um bestimmte konkrete Ziele. Wenn wir eintreten in die Sozialisierung des Bergbaues, so ist das der Beginn eines großen und entscheidenden Machtkampfes. Alle diese Kämpfe finden den Widerstand der Bourgeoisie. Ich behaupte nicht, daß die Sozialisierung des Bergbaues schon Sozialismus ist. In diesem Kampfe wird es sich darum handeln, daß die proletarische Parole eine eindeutige ist. Die kapitalistische Parole ist völlig eindeutig. Ebenso einheitlich muß die proletarische Front sein, und sie wird einheitlich sein, wenn wir uns in keine Zwischenlösung einlassen, sondern die Vollsozialisierung im Bergbau verlangen. Der Genosse Umbreit hat einen Antrag dahin gestellt und ich stimme dem durchaus zu. Meine Resolution ist ebenfalls in diesem Sinne aufzufassen. Um eine wirkliche Kontrolle der anderen Wirtschaftszweige ausüben zu können, müssen wir die großen Schlüsselindustrien fest in der Hand haben und das können wir nur, wenn wir die Kapitalisten als solche aus ihnen ausgeschaltet haben. Deshalb bin ich gegen all die paritätischen Selbstverwaltungskörper, auch gegen die Arbeitsgemeinschaften, von denen gestern gesprochen wurde. Die Bergarbeiter sind in diesem Kampfe nicht nur die Breitschmied der deutschen Arbeiterklasse, sondern der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Jetzt muß sich die gesamte Arbeiterklasse um die Parole der Sozialisierung des Bergbaues sammeln. Sie muß diesen Kampf durchführen in dem Bewußtsein, daß sie in der Weiterführung dieses Kampfes bis zum Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat gelangen kann. Wir müssen diesen Entscheidungskampf aber auch durchführen, weil er die einzige Rettung ist. Die Rettung aus dieser Arbeitslosigkeit, aus dieser ganzen Krise kann nur die Durchführung des Sozialismus sein.

Im großen und ganzen, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, werden die von den Referenten vertretenen Auffassungen keinen Widerspruch finden können. Daraus ist aber zu entnehmen, daß, wie der Genosse Graßmann in seiner Eröffnungsrede ganz richtig bemerkte, das B.-M.-G. in seiner heutigen Form und Inhalt nicht genügen könne, daß es vielmehr der Kampfboden sein muß, auf dem weitergehende Rechte erstritten werden müssen. Die Tätigkeit der Betriebsräte kann und darf sich nicht erschöpfen in dem engen Rahmen des eigenen Betriebes, sondern muß darüber hinaus gerichtet sein, auf das gesamte Wirtschaftsleben Einfluß zu erhalten.

Die seit Inkrafttreten des B.-M.-G. aufgetauchte Streitfrage, ob und in welcher Art eine organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte zu erfolgen habe, ist vom Kongreß so gelöst worden, wie es die übergroße Mehrheit der Kopf- und Handarbeiter erwarten durfte. Die Resolution Prolet, wonach die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften zusammenzufassen sind, wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen. Die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale ist der Mittelpunkt der Betriebsrätebewegung, die im engsten Zusammenwirken mit den Gewerkschaften auch nur die schwierigen Aufgaben erfüllen kann, die ihr gestellt sind.

Wie ich mir unseren Verband denke!

Ich muß da gleich den Kernpunkt anschneiden und fragen: Ist unser Verband, sind alle anderen Verbände organisatorisch so aufgebaut und von dem Zeitgeist erfüllt, der der heutigen Wirtschaftslage Rechnung trägt? Meine Antwort kann nur lauten — nein. Die freien Gewerkschaften sind in der Vorkriegszeit stehen geblieben und haben trotz ihres kolossalen Aufschwunges seit der Revolution ihren Mitgliedern keine wirtschaftlichen Vorteile in den Schoß legen können. Sie haben trotz ihrer Stärke nicht verhindern können, daß die Wirtschaftslage der Gesamtarbeiterschaft

immer tiefer gedrückt, die Unterernährung immer stärker wurde. Der Gewerkschaftsbund propagierte den Wiederaufbau Deutschlands. Er schlug, trotzdem die Gewerkschaften auf ihrem 10. Kongress ihre politische Neutralität feststellten, in dieselbe Reihe der Kapitalisten, so daß der Kapitalismus stärker wurde denn je und heimsten als Dank den Wechselbalg Betriebsrätegesetz ein, mit dem heute die Arbeiterschaft noch nichts anzufangen weiß. Wenn auch ein Arbeiterminister meint, wir leben in dem demokratischsten Staate; wie sieht diese Demokratie aus? Ist es Demokratie, wenn bei einem Tarifabschluß die Vertreter des Kapitals, die eventuell einige Dutzende Menschen vertreten, denselben Machtfaktor, ja noch einen größeren, darstellen, da doch gewöhnlich der unparteiische Vorsitzende ihrem Lager nähersteht, wie dem der Arbeiter, die die Interessen zehntausender Arbeiter vertreten? Ist es Demokratie, wenn der Arbeiterschaft, deren Lohn noch nicht mal das Existenzminimum erreicht, gewaltsam Steuern abgepreßt werden, wogegen es dem eigenen Ermessen der Kapitalistenklasse überlassen bleibt, sich einzuschätzen? Man verfolge nur, was bis jetzt die sogenannten Besitzsteuern eingebracht haben. Und so kann man ein Beispiel auf andere setzen. Nein, wir leben in einem kapitalistischen Staate, in dem die Arbeiterschaft nur das Objekt der Ausbeutung darstellt. Und wie wird die Ausbeutung betrieben? Es wird nicht gefragt, was der Arbeiter zum Leben braucht, sondern die Löhne werden eingestellt nach der Rentabilität der Industrie. Aber weit gefehlt, anzunehmen, daß rentable Industrien, wozu auch die keramische Industrie zählt, hohe Löhne zahlen, das heißt, daß der von den Arbeitern erarbeitete Mehrwert in etwas höherem Maße den Arbeitern verbleibt, nein, man spricht vom Abbau der Löhne und möchte ihn schnellstens in die Tat umsetzen.

Was drückt in der Jetztzeit unserem Verbands seine besondere Note auf? Arbeitsgemeinschaft, Tarif, Schlichtungswesen. Kollegen, betrachtet kritisch, wie sind wir unter diesem Dreigestirn gefahren? Kann es eine Arbeitsgemeinschaft geben zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern? Nach meiner Auffassung ist nur in einem sozialistischen Staate eine idealistische Arbeitsgemeinschaft möglich. Sind in dieser Periode der Arbeitsgemeinschaft die Profite der Kapitalisten zurückgegangen, ist die Kaufkraft, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gehoben worden? Nein, das Gegenteil! Wird die Arbeitsgemeinschaft von den Kapitalisten bekämpft? Nein, sie haben erkannt, daß sie mittels derselben ihre Profite friedlicher einheimen, sowie die emporstrebenden Elemente unter den Arbeitern niederhalten können. Wir brauchen uns nur die ungeheuren Profite der Kriegs- sowie der Nachrevolutionzeit vor Augen zu halten. Nun trat am 1. Oktober d. J. ein neuer Tarif in Kraft. Zahlstellen- und Mitgliederversammlungen werden ihn ungenügend finden und scharfe Proteste an den Vorstand richten. Habt ihr noch nicht erkannt, daß Tarife mehr hemmen als fördern? Tragt ihr in den Betrieben nicht die Hauptschuld an dem Zustandekommen unzulänglicher Tarife? Tretet ihr in den Betrieben mit der nötigen Schärfe eurer Geschäftsleitung gegenüber? Ihr zahlt eure Beiträge und seid nur radikal gegen euren Vorstand; der soll und muß es machen, und ihr in den Betrieben schläft. Ich bin Gegner jeglichen Tarifes. Er dämpft und schläfert euer Klassenbewußtsein ein. Er stopft ein Loch zu, wo nebenan schon wieder ein größeres aufgerissen ist. Wir müssen endlich zur klaren Erkenntnis kommen, daß wir mit diesen Mitteln nicht mehr weiter kommen. Welchen Wert haben nun die Schlichtungsausschüsse für uns? Deren Schiedsprüche fielen bis 1920 größtenteils zugunsten der Arbeiter aus. Dann hat sich aber das Bild infolge der politischen Machtverschiebung völlig zu unseren Ungunsten verschoben. Schiedsprüche werden noch immer gefällt, aber unbequeme von den Unternehmern sabotiert oder nicht anerkannt.

Was tut nun not, daß unser Verband eine schneidige Kasse für unsere Interessen wird? In allen Betrieben und Zahlstellen muß intensiv gearbeitet werden an der Durchbildung, besonders unserer neugewonnenen Kollegen, zu Gewerkschaftlern, Klassenkämpfern, Sozialisten. Der Klassenstolz muß in die Trägen und Denksäulen hineingehämmert werden. Wir sind die Arbeitsbienen, die ein Heer Dornen ernähren, ihnen Wohlleben verschaffen. Unsere freien Stunden müssen wir benutzen, unser Wissen zu bereichern, und das am besten durch Lesen gewerkschaftlicher, volkswirtschaftlicher, sozialistischer und Artikel. Lest die sozialistische Presse jeder Richtung, aber auch die führende bürgerliche Presse, denn aus dieser ist es, welche Methoden eure Ausbeuter anwenden, euch niederzuhalten. Nicht, daß dieselbe abonniert werden soll, nein. Lest dieselbe aus wegen in eurem Versammlungslokal. Liest man unsere „Ameise“, so muß man sich eingestehen, daß das kostbare Papier ist für Wichtigkeiten Mitteilungen lokaler Natur, für die die Gesamtmitglieder kein Interesse haben, verschwendet wird. Ich meine da hauptsächlich die Versammlungsberichte. B. B., daß die Kasse in A. stimmt, in B. schlechter Versammlungsbesuch ist, in C. der oder der Kollege einen Vertrauensposten er-

halten hat usw. Daß die Kasse zu stimmen hat, ist selbstverständlich. Wenn der Versammlungsbesuch ein schlechter ist, so stellt die betreffende Zahlstelle selbst ein Armutszeugnis aus, sie dokumentiert damit bloß, daß die Werbetätigkeit für ihre Versammlungen eine geringe, die Interessiertheit ihrer Mitglieder eine große ist. Für Adressenänderungen ist in der „Ameise“ schon eine besondere Rubrik. Deckt in der „Ameise“ örtliche Mißstände, teilt örtliche Erfolge mit, dieselben werden anfeuernd auf Verbandsmitglieder wirken, überhaupt alles, was die Gesamtbewegung fördert, die Aktivität unseres Verbandes hebt. Jede Betriebsbelegschaft muß so diszipliniert, fest zusammenhaltend sein, daß sie dasteht wie ein Block, der nicht verlegt werden kann. So wird wir dann lokal ein Ganzes, so sind wir zentral eine Macht.

Bedauerlich ist, daß der Antrag Hennigsdorf zur Generalversammlung nicht angenommen wurde, der besagt: „Der Verband der Porzellanarbeiter ist bestrebt, die Sozialisierung der Porzellan- und Steingutindustrie herbeiführen zu helfen“. Wir müssen endlich unserem Willen eine klare Bahn vorschreiben. Haben wir mit dem Betriebsrätegesetz, das sogar von vielen Arbeiterführern als Fortschritt gepriesen wurde, etwas erreicht? Jawohl, wir dürfen jetzt mehr reden wie früher, sonst nichts. Unser Ziel muß sein: Erreichung der Kontrolle über die Produktion. Die Arbeiter als Schaffer der Kulturüter wollen auch Nutznießer ihrer Arbeit sein. Die Elemente, die sich jetzt an dem Mehrwert unserer Arbeit reichern, müssen ausgeschaltet werden. Nur dann werden wir aus dem jetzigen Elend herauskommen.

Darum, Kollegen, stellt euren Kampf, eure Tätigkeit, unseren ganzen Verband ein zur Erreichung der Sozialisierung unserer Industrie. Wir können politisch nicht neutral bleiben, denn die WBC der Politik ist die Wirtschaft. In allen anderen Verbänden sind starke Strömungen zur Erreichung dieses Zieles vorhanden. Wenn wir uns nicht aufrufen und die heutige Wirtschaftsform bekämpfen, so werden wir nur allein die Kosten des Weltkrieges tragen haben und einer dauernden Verelendung entgegengeführt.
E. Wankum, Leipzig.

Der Kollege Wankum stellt gleich in der Einleitung in einem Satz zwei Fragen auf. Einmal wird gefragt, ob der organische Aufbau aller Gewerkschaften einschließlich unseres Verbandes ein solcher ist, wie ihn die heutige Zeit erfordert, zum anderen, ob unser Verband bezw. die Gewerkschaften überhaupt auf dem Geiste erfüllt sind, wie nach Wankums Auffassung unter Berücksichtigung unseres heutigen Wirtschaftslebens dieses notwendig wäre.

Beide Fragen werden von W. verneint. Irgendwelche Vorschläge für eine bessere organische Gliederung der Gewerkschaften macht W. aber nicht. In der Hauptsache ist es ja der „Geist“, der W. nicht gefällt, und der läßt sich ja auch nicht in bestimmte Formen pressen.

Was uns W. als Neuerung, als Besseres vorschlägt, ist in Wirklichkeit auch schon vorhanden. W. empfiehlt uns wiederum zweierlei. Wir sollen einmal unsere ganze Tätigkeit auf die Erreichung der Sozialisierung konzentrieren, zum anderen sollen wir die politische Neutralität abstreifen.

Dazu ist kurz zu bemerken, daß wir politisch doch nicht in dem Sinne neutral sind, daß wir etwa alles, was mit Politik und Gesetzgebung in Verbindung steht, unangetastet liegen lassen und glühendes Eisen. Im Gegenteil suchen wir Einfluß auf die wirtschaftspolitische, sozialpolitische, auf die Arbeiterschutzgesetzgebung usw. zu gewinnen. Was wir ablehnen müssen, ist, als Gewerkschaft die Politik einer oder der anderen politischen Partei etwa als die allein richtige zu propagieren bezw. uns mit einer politischen Partei zu identifizieren. War dieser Standpunkt der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit schon richtig, so ist er es heute, angesichts der Zerklüftung in der politischen Arbeiterbewegung, noch viel mehr. Die Gewerkschaften in den Strudel der politischen Leidenschaften und Parteikämpfe hineinziehen, hieße nichts anderes, als auch sie der Gefahr der Zerrücktheit aussetzen.

In der Erreichung des Zieles — Sozialisierung unserer Industrie — sind wir mit Kollegen W. durchaus einer Meinung, nur davon weisen wir von ihm ab, soweit er meint, wir sollten alle andere beiseite lassen und nur noch die Sozialisierung betreiben. Seine Behauptung, daß unsere letzte Generalversammlung es abgelehnt habe, dem Antrage Hennigsdorf auf Herbeiführung der Sozialisierung zuzustimmen, ist ebenfalls nicht richtig. Es ist nur abgelehnt worden, diesen Antrag in § 2 des Statuts aufzunehmen. Mit der Tendenz des Antrages an sich hat sich die Generalversammlung einverstanden erklärt.

Anscheinend macht sich der Kollege W. über das Sozialisierungsproblem Vorstellungen, die sich nicht verwirklichen werden in absehbarer Zeit. W. glaubt, daß in der sozialisierten Industrie

die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ohne weiteres eine bessere sein muß als gegenwärtig. In diesem Punkte bedeutet Sozialismus Opferfönn, wie Hilferding auf dem Betriebsrätekongreß ausföhrte. Auch im sozialisierten Betriebe wird der Arbeiter noch lange 8 Stunden pro Tag arbeiten müssen. Der Unterschied wird nur darin bestehen, daß der Ertrag der Arbeit in einem sozialisierten Betriebe nicht mehr einzelnen Personen, sondern der Allgemeinheit zugute kommt. Die Sozialisierung der dafür reifen Betriebe ist noch kein Sozialismus, aber ein Uebergangsstadium zur sozialistischen Wirtschaft, die zu Erreichen auch unser Ziel ist. Der Wiederaufbau unserer deutschen Wirtschaft kann nach unserer Auffassung am wirksamsten gefördert werden durch die Sozialisierung. Daß dieser Wiederaufbau an sich die wichtigste und dringendste Frage ist, die uns zu beschäftigen hat, sollte heute nicht mehr strittig sein. Wenn die Gewerkschaften in dieser Frage soweit als möglich mit dem Unternehmertum gemeinsam arbeiten, so geschieht dieses eben im Interesse der Arbeiter, das hierbei zusammenfällt mit dem allgemeinen Volksinteresse.

Wenn W. zur Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften, zur Ablehnung der Tarifgemeinschaften kommt, dann wohl nur deswegen, weil er sich darüber vollkommen unzutreffende und verworrene Vorstellungen macht. Schon über die Art der Verhandlungen bei Abschluß eines Tarifes entwickelt W. Gedanken, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Er meint, daß analog den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ein unparteiischer Vorsitzender diese Verhandlungen leitet, und weil er weiter meint, daß dieser „Unparteiische“ mehr auf Seiten der Unternehmer als der Arbeiter steht, könne für die Arbeiter nichts herauskommen bei solchen Verhandlungen. Zur Beruhigung für den Kollegen W. und andere, die etwa seiner Meinung beipflichten, sei ausdrücklich bemerkt, daß außer den Vertretern der beiden Vertragsparteien niemand zu Tarifverhandlungen zugelassen wird.

Anscheinend passiert dem Kollegen W. das Malheur, daß er die Begriffe „Demokratie“ und „Sozialismus“ verwechselt. Er könnte sonst nicht fragen: „Ist es noch Demokratie, wenn der Arbeiter nicht einmal das Existenzminimum erhält?“ Das Existenzminimum hat, wie wirtschaftliche Fragen überhaupt, mit Demokratie nichts zu tun. Auch in einem kapitalistischen Staate, in dem wir — da hat W. recht — noch recht sehr uns befinden, kann es eine Demokratie geben, aber eben keine soziale Demokratie. Durch Demokratie zum Sozialismus, das ist unser Ziel, von dem wir heute leider noch weit entfernt sind.

Das Betriebsrätegesetz lehnt W. auch ab, weil nach seiner Meinung die Arbeiter damit nichts anzufangen wissen. In demselben Moment, in dem über den 1. Betriebsrätekongreß berichtet wird, brauchen wir nicht des näheren darauf einzugehen.

Der Kollege W. bemängelt auch, daß der Raum unserer „Ameise“ durch Versammlungsberichte in Anspruch genommen wird, in denen nichts wesentliches, nur Belanglosigkeiten enthalten sind. Zu diesem Kapitel ist schon des öfteren Linte versprochen worden. Eines lehren uns diese Versammlungsberichte mit aller Bestimmtheit, daß noch viel, sehr viel an Bildungs- und Aufklärungsarbeit in den Zahlstellen geleistet werden muß. Mit wenigen Ausnahmen gähnt uns eine Leere und Oede aus den Versammlungsberichten entgegen, die nicht geeignet ist, optimistische Stimmung zu erzeugen. Von allen wichtigen Fragen, die unsere Zeit bewegen, verspürt man in diesen Berichten sehr wenig. Kritik am Tarif, und zwar auch nicht am gesamten Tarif, sondern nur am Lohnabkommen, das ist alles, wozu man sich aufschwingen kann. Von $\frac{3}{4}$ aller Zahlstellen erfährt die Öffentlichkeit überhaupt kein Lebenszeichen in der „Ameise“.

Nun meint Kollege W., an diesem Zustand sei der Tarif schuld, der die Mitglieder einschläfere, weil sie selbst nicht mehr für ihre Interessen in die Bresche zu treten brauchen, sondern das den wenigen Personen überlassen können, die als Unterhändler fungieren. Dieses Argument möchten wir nicht gelten lassen. In anderen Berufen und Organisationen mit älterem und ausgebauterem Tarifwesen trifft diese Erscheinung nicht zu, in deren Fachpresse ist eine größere Regsamkeit und geistige Teilnahme am Organisationsleben wahrzunehmen.

Es ist schon in vielen Versammlungsberichten erwähnt worden, daß Berichte der Betriebsräte entgegengenommen wurden. Dabei ist aber noch aus keinem dieser Berichte ersichtlich geworden, auf welche Mängel im Betriebsrätegesetz man besonders gestoßen ist, wie die eine oder die andere Bestimmung im B.-A.-G. lauten müßte, wenn sie nach Auffassung derjenigen, die das Gesetz praktisch handhaben müssen, für die Arbeiter brauchbarer werden soll usw. Wir glauben, daß viele von denen, die das Gesetz verdonnern, als Mißgeburt ustr. bezeichnen, gar nicht wissen, welche Rechte für die Arbeiter darin enthalten sind. Nach dieser Richtung hin ließe sich für die nächste Zeit wenigstens Beratungstoff für die Versammlungen finden, und die Berichte über diese Versammlungen könnten

anregend wirken bis über den Kreis unserer Berufsgenossen hinaus.

Vielleicht greifen die Kollegen die Anregung Wankums auf und beschäftigen sich mit dem Problem der Sozialisierung in unserer Industrie in ihren Versammlungen. Diesen Berichten könnte man wohl nicht nachsagen, daß es schade um den Raum der „Ameise“ ist, den sie beanspruchen. Es hat eben jeder seinen Teil dazu beizutragen, daß der Verband das ist bzw. wird, was er wirklich sein soll und muß: eine Gemeinschaft geistig regsamere Menschen, die bemüht sind, auf dem Boden kollegialen und solidarischen Empfindens jeder sein Bestes herzugeben für die Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen.

Die Schriftleitung.

Aus unserem Berufe.

Kronach. Seit dem 18. Oktober befinden sich die Angestellten bei der Firma Rosenthal im Streik aus denselben Gründen, aus denen die Angestellten beim Rosenthal-Konzern in Selb, Selb-Blöberg und Marktreidwiz ausständig geworden sind. Die Firmen-Vertreter sind offenbar betroffen, daß die schier endlose Geduld und Langmut dieser Gruppe nun doch einmal abgerissen ist. Die Arbeiter bei dieser Firma fühlen sich insofern solidarisch mit den Angestellten, als sie es ablehnen, Funktionen der Ausständigen zu verrichten. Die Betriebsräte haben einen Versuch, sie dafür zu gewinnen, die Angestellten teilweise zu ersetzen, abgewiesen. Einige Lehrlinge, der Betriebsleiter, die Töchter des Direktors, sowie letzterer selbst, bemühen sich, die Dienste der Ausständigen zu ersetzen. Die Arbeiter meinen, daß es in mancher Beziehung nicht schaden könne, wenn die Herren, die bisher nur anderen Arbeit zuweisen konnten, selbst einmal durch die Praxis erfahren, was es heißt, anstrengende Arbeiten zu verrichten. Vielleicht ist eine objektivere und gerechtere Werbung und Würdigung der Arbeit für die Zukunft die Folge. Auf jeden Fall werden die Aktionäre, die nur die „Arbeit retten kann“, zufrieden sein mit ihrem Direktor und Betriebsleiter und deren Arbeitswilligkeit. Die Angestellten stehen fest zusammen und hoffen, daß ihnen der Streik den Erfolg bringt, der ihnen auf gutlichem Wege versagt blieb.

Margarethenhütte. Die H. Schomburg & Söhne A.-G. hat die Tonwarenfabrik Schwandorf erworben. Die Firma soll über außerordentlich große Aufträge verfügen, die sie in ihrer bisherigen Chamottefabrik in Margarethenhütte nicht mehr bewältigen kann. Es soll deshalb beabsichtigt sein, die ganze Chamottefabrikation nach Schwandorf zu verlegen und in Margarethenhütte nur noch Porzellanisoliermaterialien herzustellen. Die Konzentration macht in der keramischen Industrie andauernde Fortschritte.

Aus Oberfranken. In der Sache der Angestellten in der Keramikindustrie für Oberfranken-Oberpfalz wurde nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen den Angestellten und Unternehmern in der Porzellanindustrie eine Einigung nicht erzielt, so daß unter dem Vorsitz des Vertreters des Landeseinigungsamtes, Herrn Köhler, ein Schiedsspruch gefällt werden mußte.

Es kam folgender Schiedsspruch zustande:

Für alle über 18 Jahre alten Angestellten wird eine Erhöhung von 15 Proz. gezahlt.

Für über 20 Jahre alte eine Erhöhung von 20 Proz.

Für über 25 Jahre alte Angestellte eine Erhöhung von 25 Prozent.

Dafür mußten die Angestellten alle sozialen Zulagen fallen lassen sowie auch auf die geforderte Wirtschaftsbeihilfe verzichten. Auch die sonst noch weitergehenden Forderungen mußten die Angestellten fallen lassen.

Nunmehr sollte man glauben, daß die Porzellan-Unternehmer den Schiedsspruch anerkennen würden. Doch weit gefehlt; die Porzellan-Unternehmer, die heute riesige Valutagewinne machen, lehnten den Schiedsspruch ab. Nunmehr liegt die Entscheidung bei den Angestellten, ob sie in den Streik eintreten wollen, oder sie gehen erst den vorgeschriebenen Weg und beantragen die Verbindlichkeit des Schiedsspruches.

Die Stimmung bei den Angestellten ist jedoch so erregt, daß wohl mit einem Streik zu rechnen ist. Die Angestellten rechnen mit der Solidarität der Arbeiterschaft, indem sie erwarten, daß die Arbeiter nicht die Arbeiten der Angestellten während des Streiks verrichten. Damit können sie wohl rechnen, daß kein Arbeiter ihnen in den Rücken fällt. —

(Inzwischen ist der Streik bereits zur Tatsache geworden.) Von der Hauptstreikleitung in Selb wird uns geschrieben:

Seit Sonnabend, den 16. Oktober, mittags 11 Uhr, ist die gesamte Angestelltenchaft der in Selb vertretenen keramischen Betriebe geschlossen in den Streik getreten. — Die Ursache zu diesem Beschluß ist der tiefgehende Unwille der Angestelltenchaft über den überaus schleppenden Gang der Tarifverhandlungen einerseits, die

Ablehnung des durch das Landeseinigungsamt, Zweigstelle Nürnberg, veranlaßten Schiedsspruches durch den Arbeitgeberverband andererseits. Seit Monaten laufen die Verhandlungen über die zeitgemäße Erneuerung des Tarifs, dessen Gehaltsätze von den beteiligten Angestellten längst als durchaus ungenügend empfunden werden. Aus der Taktik des Arbeitgeberverbandes haben die Angestellten den Schluß gezogen, daß nicht die immer behauptete ungünstige wirtschaftliche Lage den Abschluß verhinderte, sondern daß aus jeder Verhandlung deutlicher hervorging, daß es an dem guten Willen fehle, die Angestelltenschaft entsprechend dem Werte ihrer Arbeit und den gegenwärtigen Preisverhältnissen entsprechend zu besolden. Verdient doch festgehalten zu werden, daß das erste Arbeitgeberangebot am 9. September statt der allseitig als notwendig empfundenen Gehaltsaufbesserung einen Abzug von nicht weniger als 10 Proz. vorsah, trotzdem es der Arbeitgeberschaft natürlich nicht unbekannt gewesen ist, daß zur gleichen Zeit schon der 10prozentige Steuerabzug das Einkommen unerträglich minderte. Auch die letzten, in immernährenden Verhandlungen mühselig genug erzielten Aufschlagsätze sind den nachgewiesenen Bedürfnissen durchaus nicht gerecht geworden. Aus der tiefgehenden Erbitterung der Angestellten heraus ist es auch zu erklären, daß der Streikbeschuß mit überwältigender Mehrheit (92 Proz. bis 95 Proz. der Beteiligten) in geheimer Abstimmung gefaßt worden ist. Für seine straffe Durchführung bürgt der in der Versammlung der Streikenden am Sonntag sichtbar in die Erscheinung getretene Wille in der überfüllten Zentralthalle in Selb. Die Durchführung der bis ins kleinste organisierten Verbreiterung des Streiks auf andere Plätze wird von dem weiteren Verhalten der Arbeitgeber wesentlich abhängen. Bemerkenswert ist, daß bis zur Stunde die Bewegung in vorbildlicher Ruhe durchgeführt worden ist.

Rudolstadt. Die am 13. Oktober stattgefundene *Verwaltungssitzung* der Zahlstellen Rudolstadt, Bollstedt und Schwarza befaßte sich eingehend mit den am 20. September und folgenden Tagen abgeschlossenen Verhandlungen in Dresden wegen des neuen Tarifs. Die Verwaltung ist sich einig, daß der Hauptvorstand und sämtliche Vertreter mit diesem Abkommen für uns wesentlich schlechtere Bedingungen gebracht haben. Es ist verwerflich, auf solche minderwertigen Sachen einzugehen, die für alle unsere Mitglieder schädlich anstatt nützlich wirken. Anstatt daß mit Energie den Arbeitgebern klar gelegt wird, bei den ungeheuer hohen Gewinnen, die sie erzielen, für ihre Arbeiter erträgliche Verhältnisse zu schaffen, tritt gerade das Gegenteil ein. Die Verwaltung verlangt, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, daß der Hauptvorstand endlich die Saumseligkeit und Schönlusterei beiseite legt, aufhört, zu bremsen, denn wir wären sonst genötigt und dazu bereit, an die Mitglieder aller Zahlstellen zu appellieren, entschieden Front zu machen und mit einem glatten Nein zu antworten. Wir sind nicht mehr gewillt, uns mit schönen Worten einschläfern zu lassen, Taten wollen wir sehen, die uns endlich bringen, was wir erstreben.

Der Hauptvorstand muß mit eiserner Faust zugreifen, praktische Arbeit liefern zum Nutzen seiner Mitglieder. Kann er das nicht, so müssen wir zum letzten Mittel greifen und uns der Neuzeit entsprechende neue Vorstandsmitglieder suchen, die mehr Energie besitzen zum Wohle unseres Verbandes.

Waldenburg-Altwasser. Zum Abschluß des neuen Tarifes schreibt die „Schlef. Bergwacht“ u. a.:

Es kann natürlich dieses Ergebnis nicht als glänzendes bezeichnet werden. Wenn man aber die festen Abbaugelüste dieses nicht zu unterschätzenden Arbeitgeberverbandes bedenkt, so muß uns das Ergebnis mit Genugtuung erfüllen. Die Porzellaner sind ja in puncto Verdienst nie an der Spitze der Industriearbeiter marschiert, trotzdem ihre Arbeit anstrengend wie auch ungesund ist und teilweise große Geschicklichkeit erfordert. Mußte man doch früher 5 bis 6 Jahre lernen, um Maler oder Dreher zu werden.

Die Porzellanarbeiterschaft im allgemeinen leidet im hiesigen Bezirk besonders unter den teuren Verhältnissen. Es ist als ein großer Mangel im neuen Tarif empfunden worden, daß Waldenburg, Altwasser usw. in eine niedrigere Preisklasse kommt als Breslau. Die Erträge und die Lage gerade der Fabriken in unserer Umgebung sind als glänzend zu bezeichnen. Lage und Loz der Porzellanindustrie sind gezogen und ganzen betrachtet, ist ein trauriger Kampf um Erhaltung des bisherigen Lebens. Die neuen geringen Preise lassen daran nichts, da die Teuerung mit ganz anderen Stufen marschiert. Ein einsichtiges Entgegenkommen von den Unternehmern zu erwarten, davon sind die Porzellanarbeiter längst gekommen, davon sind sie gründlich belehrt. Sie verlassen sich nur auf ihren Verband — und tun gut daran.

Zur Anschluß daran wird zu der Lohnbewegung der Angestellten in der Porzellanindustrie des dortigen Bezirkes berichtet:

Auch die Angestellten dieser Industrie werden bald soweit sein; dafür sorgen — glücklicherweise, möchte man sagen — die Un-

ternehmer fleißig mit. Eine große Zahl war bis vor kurzem noch gar nicht organisiert oder in Verbändchen, bei denen der Harmonie Trumpf ist. Jetzt sind es nur noch ganz wenige Ausnahmen. Die große Masse ist in der Asa und ebenfalls im Porzellanarbeiterverband.

Was nun den Industriellen bei den Arbeitern nicht geglikt ist, versuchen sie bei den Angestellten. Die Gehälter — besonders der jüngeren kaufmännischen Beamten bis zu 28 Jahren (!) — wurden als unverhältnismäßig hoch erklärt, deshalb ein besterbes des Gehalts- und Urlaubsabkommen gekündigt. Doch das alle brachte die Gehaltsätze noch auf keine niedere Stufe, es mußte als „verhandelt“ werden. Recht aufrichtig verhandelt. — Die Vertrauensleute und Gewerkschaftsvertreter werden es schon einsehen — oder vielleicht nicht einsehen, was die Herren Industriellen in ihren verklausulierten Anträgen an „Verbesserungen“ anbieten. Es waren Abbaugelüste bis zu 50 Proz. und darüber für die „Jüngeren“ unter 28 Jahren. Den anderen wollte man gnädigst so viel zulegen, wie die Arbeiterschaft über 18 Jahre jetzt erhält. Die Verhandlungen, die am 8. und 11. Oktober hier in Waldenburg stattfanden, verliefen ergebnislos. Diese „Angebote“ wurden selbstverständlich empört zurückgewiesen. Was nun? Die Angestellten glauben, doch mindestens Anspruch zu haben auf dieselben Erhöhungen wie die Arbeiter. Sie werden ihre Forderungen vertreten. Wenn demgegenüber die Unternehmer ihre Absichten durchzusetzen versuchen wollten, so müßten wohl recht ernsthafte Differenzen entstehen, bei deren Austragung die angegriffenen Angestellten die Sympathie und Solidarität der Arbeiterschaft sicher auf ihrer Seite hätten.

Dies bewies auch schon eine stark besuchte Versammlung der Angestellten und Arbeiter, die kürzlich in der Herberge stattfand. Es wurde von den Verhandlungen Bericht erstattet und die Absichten und Eigenschaften der Unternehmer enthüllt. Einmütigste Stimmung für stärksten Widerstand gegen die beabsichtigten Reduzierungen herrschte in der Versammlung. Es wurde folgender Beschluß angenommen: „Die Angestellten der Porzellanindustrie sprechen der Verhandlungskommission Dank und Vertrauen aus. Sie haben nichts anderes, als das strikte Zurückweisung der dreisten Zumutung der Unternehmer, in derartige Gehaltsreduzierungen einzuwilligen, erwartet. Die versammelte Arbeiterschaft spricht den Angestellten für eine Bewegung, in die sie durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer gedrängt wurden, ihre vollste Sympathie aus.“

Wie weit die Unternehmer nunmehr sich versteinen werden, darauf ist man allgemein gespannt.

Vermischtes.

Frauenarbeit und Familie. Wie schädlich die Arbeit der kapitalistischen Wirtschaft auf die Frau und damit auf die Familie einwirkt, das machen uns Untersuchungen aus Bayern besonders klar, über die Seiffert in den „Blättern für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“ berichtet. Bei den Frauen, die im kapitalistischen Leben tätig sind, treten Krankheiten sehr häufig auf, viel häufiger als bei den Männern. Vielen Familien wird die Mutter aber durch die Tuberkulose genommen. Gerade in den Jahren der Arbeit draußen ist die Tuberkulosesterblichkeit sehr hoch. Erst nach dem 35. Lebensjahre nimmt sie ab und wird sie geringer als die der Männer. Das heißt, wenn die ältesten Kinder zum Berdienen kommen, hat der Leidenszustand der proletarischen Frauen aufgehört. Dabei werden die Frauen, die draußen arbeiten, vielfach noch von leimenden Menschen geplagt, die nachher nicht geboren werden können. Die Zahl der Fehl- und Frühgeburten ist nämlich bei den erwerbstätigen Frauen ganz besonders hoch, weil der Kapitalismus auf diese besonderen Zustände keine Rücksicht nimmt. So greift das kapitalistische Leben immer wieder in das Familienleben hinein, ohne daß von denen, die bei Erbschaftssteuerreformen und dergleichen die Heiligkeit der Familie immer in den höchsten Tönen besingen, irgendwie geholfen würde. Besserung kann sich der Proletarier nur selber erringen durch seinen eigenen Kampf.

Versammlungsberichte.

Brattendorf. Unsere am 10. Oktober stattgefundene Zahlstellenversammlung war mäßig besucht. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Luther. Es war eine Einnahme von 9445,69 Mk. zu verzeichnen. Dem stand eine Ausgabe von 6737,40 Mk. gegenüber. Zugleich machte der Kassierer Luther die Mitglieder auf ihre Pflichten und Rechte dem Verbands gegenüber aufmerksam, da es in diesem Quartal vorgekommen ist, daß Mitglieder ihrer Krankenkassenzahlung verlastigt gegangen sind, weil sie die rechtzeitige Anmeldung veräumt hatten. Der Revisionsbericht erstattete Revisor Otto; er führte aus, daß bei der letzten als auch bei der unvorhergesehenen Revision Kasse und Bücher in Ordnung vorgefunden wurden, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Hierauf gab der Vorsitzende den Bericht über die Gaußscheitsamtsverhandlung in Coburg, in welcher

der Schiedspruch lautete, daß wir in die Lohnklasse 2a versetzt wurden mit einer Nachzahlung der Differenz von 5 Proz. ab 1. August. Der Vorsitzende gab zugleich den Bericht von der letzten Betriebsratssitzung, in welchem die Auszahlung nach dem neuen Tarif und verschiedene Betriebsfragen geregelt wurden. Zur Feier des Revolutionsfestes wurde dafür und dagegen diskutiert. Bei der Abstimmung stimmte die Mehrzahl für die Feier. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, treu zu ihrer Organisation zu stehen, denn der gegenwärtige Mut der Reaktion sei nur in der Zersplitterung der Arbeiterschaft zu suchen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Hermesdorf. Die Versammlung war erfreulicherweise einmal besser besucht wie die vorhergehenden. Es hatten sich annähernd 400 Mitglieder eingefunden. Damit soll nun allerdings nicht gesagt sein, daß es nun genügt. Im Gegenteil, die noch Säumigen sollen es sich einmal durch den Kopf gehen lassen, daß auch sie die Pflicht haben, in die Versammlungen zu gehen. Zu Punkt 1 erläutert der Vorsitzende, warum ein Sekretär angestellt werden soll. In einer längeren Aussprache wurde Aufklärung hierüber geschaffen. In der Abstimmung wurden 356 Stimmzettel für „Ja“, 7 für „Nein“ und einer unbeschrieben abgegeben. Im Punkt II. „Neues Lohnabkommen“, ergreift Kollege Hilbig das Wort. Den Mitgliedern ist schon Gelegenheit gegeben worden, sich über die neuen prozentualen Lohnerhöhungen zu informieren an den Bekanntmachungstafeln im Betriebe. Es wird aber alles nochmals durchberaten, damit jeder weiß, was ihm zusteht ab 1. Oktober 1920. Allerdings ist das neue Lohnabkommen nicht so ausgefallen, daß es der heutigen Zeit entspricht. Die Forderung greift wieder weiter um sich, anstatt daß sich die Preise senken. Die Anwesenden können sich mit dem neuen Lohnabkommen absolut nicht zufrieden geben, da die Unternehmer wirklich in der Lage sind, ihren Arbeitern das zu geben, was sie für ihre Lebens- und Bedarfsartikel brauchen. Die Unternehmer brauchen ihre Gewinne nicht aufzuhäufen, an denen die Arbeiter auch einen berechtigten Anteil haben. Aus dem Lohnabkommen muß jeder Kollege und jede Kollegin selbst den Schluß ziehen und muß wissen, was zu tun und zu lassen ist. Vor allen Dingen müssen die Versammlungen regelmäßig besucht werden, auch darf in der Arbeiterfamilie die Arbeiterzeitung nicht fehlen. 3. Verschiedenes: Zunächst wurde der Kartellbericht gegeben. Es kommen die Fragebogen nochmals zur Sprache, die von verschiedenen Mitgliedern nicht gewissenhaft ausgefüllt worden sind. Es hat sich herausgestellt, daß sich organisierte Arbeiter heute noch im Militärverein befinden und wenn in dem betreffenden Verein die Mitglieder nicht ausreichen, um Ehrensalven abzuschließen beim Begräbnisse ihrer Kameraden, sich noch organisierte Arbeiter dazu hergeben, dies zu tun. Der Krieg hat allerdings nicht für jeden über 4 Jahre gedauert, darum wohl das große Verlangen zum Schießen. Der Kassierer ermahnt die Kollegen, hauptsächlich aber die Kolleginnen, die Beiträge pünktlich zu zahlen, andernfalls ihm sein Arbeiten nur erschwert wird. Ueber den Steuerabzug entpinnt sich ebenfalls eine längere Debatte, da die Verbandsbeiträge, Jahrgelder, Versicherungen usw. bis heute bei uns noch nicht in Abrechnung gebracht werden, was allerdings laut Gesetz hätte geschehen müssen. Die Betriebsleitung hat eine Arbeitsordnung ausgearbeitet, die für uns allerdings nicht annehmbar ist, da sie bei jeder Kleinigkeit mit Strafen droht. Nachdem noch verschiedene betriebliche Angelegenheiten besprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Köslau. In der am 13. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal zur Kenntnis. Nachdem Einwände dagegen nicht gemacht wurden, erteilte der Vorsitzende dem Kassierer Entlastung. Bei Punkt 2 gab der Vorsitzende einige Erläuterungen zum neuen Lohnabkommen. Obwohl ein großer Teil der Mitglieder (darunter leider auch männliche) über das neue Lohnabkommen, trotz Veröffentlichung in der „Ameise“, noch im Unklaren sind, fühlten sich von 203 nur 39 Mitglieder (natürlich nur die altbekannten Gesichter) veranlaßt, die Versammlung zu besuchen. Bei Punkt 3: „Verschiedenes“, gab der Vorsitzende bekannt, daß er sein Amt niederlegt, da er in nächster Zeit eine Stelle im Bahndienst erhält. Hierauf wurde Kollege Hans Wunderlich als Vorsitzender gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, mitzuhelfen, damit auch die Jugendlichen sich restlos unserem Verband anschließen.

Teltow. Die am 7. Oktober stattgefundene ordentliche Zahlstellenversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe, gab die Tagesordnung bekannt, u. a. als Punkt 2: Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen! Nachdem der Vorsitzende den neuen Lohnarif erläutert hatte, sollte in die Diskussion eingetreten werden. Nach erfolgter Aufforderung zu Wortmeldungen blieben dieselben zunächst ganz aus. Die gesamte Mitgliedschaft war sprachlos über diesen Tarif. Nach einiger Zeit der Erholung meldeten sich doch etliche Kollegen und kritisierten das vollständig ungenügende Abkommen mit den schärfsten Worten. Bemängelt wurden hauptsächlich die niedrige prozentuale Erhöhung und die Dauer des Lohnabkommens. In einer Zeit der stets steigenden Preise uns mit diesen niedrigen prozentualen Zuschlägen auf ¼ Jahr zu begnügen, ist geradezu gesagt, der reine Schöln. Wir geraten dadurch in dieselben Kalamitäten wie nach erfolgtem Januarabschluß 1920, der uns bekanntlich auch auf ¼ Jahr die Flügel gebunden hatte.

Stets ist das Bestreben in allen Konferenzen zum Ausdruck gekommen, kurzfristige Verträge von höchstens 6wöchiger Dauer abzuschließen! Wie es dieses Mal wieder möglich war, sich auf so lange Zeit zu binden, ist der Mitgliedschaft hier unverständlich. Vorteile aus diesem Abkommen ziehen nur die Unternehmer, welche wie schon mit Glücksgütern in Hülle und Fülle gesegnet sind! Ob der Unterschied zwischen Ledige und ohne eigenen Haushalt richtig gewertet worden ist, muß auch stark bezweifelt werden! Besser wäre es gewesen, wenn nach den Vorbesprechungen in Leipzig im Mai 1920 die Vertreter der Verbände zusammengetreten wären, um gemeinsame Vorarbeiten zu erledigen, nach denen den wirtschaftlich Schwächeren, u. b. den Familien mit zahlreichen Kindern, in dem jetzigen Lohnabkommen bessere Existenzmöglichkeiten geboten worden wäre. Daß man die jugendlichen Arbeiter ohne jede Zulage abgespeist hat, ist uns auch unverständlich. Die Zahl... Teltow protestiert hiermit gegen das vollständig ungenügende Lohnabkommen und vor allem gegen die Dauer von einem Vierteljahr!!!

Triptis. In der am 7. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte, begrüßte der Vorsitzende den zur Versammlung erschienenen Gauleiter Apel aus Ilmenau. Gauleiter Apel erhielt das Wort. In seinem einstündigen Vortrag erläuterte er in temperamentvoller Weise die Entwicklung und Entstehung der Gewerkschaft und Organisation. Er griff bis zum 16. Jahrhundert zurück und wies nach, wie sich schon damals kleine Gruppen zusammengeschlossen haben, ja man könnte fast behaupten, daß ihre damaligen Abmachungen an Härte und Schärfe schon strenger waren als die heutigen. Seine Ausführungen gipfelten hauptsächlich darin, daß schon damals im kleinen, so wie heute im großen Umfange ohne restlose Organisation sämtlicher Arbeiter überhaupt nicht mehr auszukommen sei, wenn wir dem gerissenen Unternehmertum, das gut organisiert ist, noch standhalten wollen. Die Organisation muß straff diszipliniert werden, damit wir den wirtschaftlichen Kampf führen zu können. 54 000 Mitglieder stehen heute wieder hinter unserer Organisation. Der größte Dank gebührt unserem Hauptvorstande, insbesondere Kollegen Wollmann, der unermüdet sein bestes Können und Wissen für uns eingesetzt hat. Er ersucht alle Anwesenden, noch fester sich dem Verbands anzuschließen. Das haben auch die Kapptage deutlich genug gezeigt, was eine geschlossene Arbeiterschaft auszurichten vermag. Ferner schildert er die Verelendung in Thüringen, er stellt sogar fest, daß er auf seiner Durchreise gerade in Thüringen die traurigsten und elendesten Verhältnisse vorgefunden hat, hingegen die Großstädte gerade das Gegenteil beweisen. Besonders nimmt er sich der Frauen an, die zum großen Teil gezwungen sind, ihr Brot in den Fabriken zu verdienen. Hieraus ist wieder zu ersehen, daß die Männer zu wenig verdienen und deswegen die Frauen mitberdienen müssen. Den alleinigen Nutzen haben die Unternehmer. Zum Schluß regt er an, des öfteren Unterhaltungsabende einzuführen. Seine Ausführungen fesselten die Kollegen und Kolleginnen und zollten ihm diese großen Beifall. In der sich anschließenden Diskussion erhielt Kollege Klein das Wort. Er wies nach, daß wir die Isolatoren um 25 Proz. billiger herstellen, als wie die anderen Fabriken. Ferner schildert er die Affordarbeit. Weiter erhielten das Wort die Kollegen Heinrich und Herich. Sämtliche Redner kritisierten das Betriebsrätegesetz und führten vor Augen, was es ist und was es sein sollte. Die Arbeiterschaft wird jedoch auch dieses Gesetz so zu handhaben wissen, daß ihr zu ihrem Rechte verholfen wird. Ferner wurde noch von etlichen Kollegen lebhafte Klage über die Firma geführt. Kollege Hörlein ersucht um Unterlagen von Richtlinien bei Einstellungen und Entlassungen zwischen der Direktion und dem Betriebsrat, was Gauleiter Apel auch bereitwillig tat. Kollege Heinrich gab hierauf Bericht von der letzten Kartellsitzung. Alle Kollegen und Kolleginnen folgten seinen interessanten Ausführungen. Unter „Verschiedenes“ wurden von einigen Kollegen noch beachtenswerte Punkte vorgebracht, die bei den nächsten Verhandlungen mitberücksichtigt werden sollen.

Uhlstädt. Die am 8. Oktober stattgefundene Zahlstellenversammlung war bedauerlicherweise wie immer, sehr schlecht besucht. Anwesend 31 Mitglieder — knapp ein Drittel der ganzen Zahlstelle, der Durchschnittsbefuch der Versammlungen. Zu Punkt 1 wurde vom Kassierer der Quartalsabschluß vom 3. Quartal vorgelesen und die Richtigkeit desselben von der Versammlung anerkannt. Punkt 2, der neue Lohnarif, führte zu Meinungsverschiedenheiten, obwohl vor den Lohnverhandlungen die meisten Mitglieder selbst daran zweifelten, daß bei der heutigen Konjunktur etwas erreicht würde. Wir können schließlich auch mit dem, was erreicht wurde, uns gerade noch abfinden. In Punkt 3, Verschiedenes, folgte die Wahl eines zweiten Revisors und des Berichterstatters. Besonders scharf kritisiert wurde der ständige schlechte Versammlungsbesuch.

Genossen, Genossinnen! Wo bleibt euer Interesse für den Verband? Für euch selbst? Glaubt ihr wirklich, daß das, was wir bis jetzt erreicht haben, uns auch für die Zukunft erhalten bleibt, wenn wir alle die Hände in den Schoß legen? Da irrt ihr euch gewaltig! Denkt an die Hungerlöhne zurück in Friedenszeiten! Gebieten nicht eure Interessen, das Erreichte zu erhalten, weiter auszubauen? Die Unternehmer haben ein reges Interesse daran, uns möglichst in die alten, wenn nicht noch schlimmeren Verhältnisse zurückzuführen. Sie stehen fester zusammen als wir und jeder einzelne arbeitet daran. Genossen und Genossinnen! Dahin dürfen wir es nicht kommen lassen. Haben wir das bis jetzt Erreichte einmal verloren, dann ist es zu spät. Deshalb besinnt euch jetzt noch und besucht eure Versammlungen. Denn alle Vorteile, die euch durch die Organisation erwachsen, kommen durch die Zahlstellenversammlungen zustande, und es wird den wenigen, die bis jetzt für euch in den Versammlungen arbeiteten, ein doppelter Ansporn sein, in Zukunft mit euch zusammen zu beraten und zu beschließen über das Wohl der Allgemeinheit, für das Große und Ganze, für uns selbst. Laßt es nicht so weit kommen, daß die wenigen ständigen Versammlungsbesucher durch eure Gleichgültigkeit schließlich auch das Interesse schwinden lassen und zuletzt die Versammlungen wie früher sich aus Verwaltung und zwei bis drei Mann zusammensetzen. Sorgt dafür, daß der frühere Ausdruck nicht wieder Platz greift: „Uhlstädt bleibt Uhlstädt.“ Wir können nicht in die Zukunft blicken, wir wissen nicht, was uns bevorsteht, deshalb müssen wir gerüstet sein. Wer bis heute noch nicht begriffen hat, daß es ohne Organisation nicht mehr geht, der begreift es nie.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 4. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 22. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. H. W. Dieß Nachf., G. m. b. H., in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

An die Zahlstellenverwaltungen!

Um unnötige Ausgaben für Strafporto zu vermeiden, bringen wir wieder einmal in Erinnerung, daß Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 40 Pf., über 20 bis 250 Gramm mit 60 Pf. Briefmarken zu bekleben sind. Postkarten kosten 30 Pf. Porto.

Drucksachen bis zu	50 Gramm	10 Pf.
" über	50—100	20 "
" "	100—250	40 "
" "	250—500	60 "
" "	500—1000	80 "

Außerdem machen wir aufmerksam, daß sich die Kassierer bei Einlieferung von Abschlüssen oder sonstiger Sendungen, ganz gleich, welcher Art, ob bedrucktes oder beschriebenes Papier, oder beides in Frage kommt, sich der Einrichtung des „Päckchen“-Sendens bedienen können. Solche Sendung kann in verschlossenem Kuvert erfolgen, muß aber ausdrücklich die Bezeichnung „Päckchen“ tragen und mit 1 Mark freigemacht sein. Bei allen Sendungen, die als Drucksachen nicht zugelassen, im Gewicht schwerer als 250 Gramm, aber nicht schwerer als 1000 Gramm sind, dürfte es sich empfehlen, diese als „Päckchen“ zu erledigen.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer!

Die (graue) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung für Oktober ist am Sonnabend, den 30. Oktober, auszufüllen und bis spätestens 5. November an das Verbandsbureau einzusenden.

Die (gelbe) Zählkarte für das abgelaufene 3. Quartal wurde von Göttingen zu spät eingekommen, so daß sie nicht mitberechnet werden konnte.

Nicht berichtet wurde von den Zahlstellen Auma, Coburg, Frankfurt a. M., Mäbendorf, Mengersgereuth, Oberhausen, Osterode, Eisenberg, Staffel und Greußen.

Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Arzberg. Sonnabend, 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Konsumsaal.

Blankenhain. Sonnabend, den 13. November, 8 Uhr, bei Klein. Duisdorf b. Bonn. Mittwoch, den 3. November, abends 6 Uhr, im Restaurant Stahl.

Gräfenhain. Sonnabend, 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“. Quartalsabschluss.

Gräfenhain. Montag, 1. November, abends 8 Uhr, im „Schießhaus“. Wichtige Tagesordnung.

Magdeburg. Donnerstag, 4. November, abends 7 Uhr, im „Wintergarten“. Friedrichsplatz. Dasselbst am 6. November Zahlstellenversammlungen.

Nehau. Dienstag, den 2. November, im Schützenhaus.

Schleisingen. Montag, 1. November, abends 5 Uhr, im Gasthaus „Zum Schießhaus“.

Tiefenfurt. Sonnabend, 6. November, abends 8 Uhr, in der Branerei.

Adressen-Änderungen.

Kronach. Vorsitzender Julius Hermann wohnt jetzt Spitalstraße 1, I. Schriftführer Ludwig Reit wohnt jetzt Pfälzinger 5, I.

Zahlstelle Gräfenhain und Umgegend.

Am Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr findet im Schießhaus zu Gräfenhain

Stiftungsfeier, verbunden mit 25 jährigem Jubiläum der Zahlstelle Gräfenhain statt.

Das Programm ist reichhaltig und künstlerisch zusammengesetzt und verspricht eine imposante Feier.

Die Mitglieder und deren Angehörige von Gräfenhain und Umgebung sind hierzu herzlich eingeladen.

Die Verwaltung.

Dank.

Allen Zahlstellenmitgliedern für das mir überwiesene Geschenk von 50 Mk. meinen innigsten Dank. Da es mir bei meinem infolge hohen Alters (zirka 82 Jahre) gebrechlichen körperlichen Zustandes nicht mehr möglich ist, des Abends die Wohnung verlassen zu können, bin ich gezwungen, auf diesem Wege meinen Kollegen den Dank abzustatten.

Paul Martin, Formengießer, zurzeit Invalide
Zahlstelle Althausenleben.

Esterbetafel.

Annaberg. Carl Watz. Lecht, Brenner, geboren am 28. September 1877, gestorben am 28. September an Lungentuberkulose und Herzleiden. Mitglied seit 1919.

Frankfurt a. M. Franz Adam, Brenner, geboren am 17. Oktober 1857 in Siebelsdorf, gestorben am 12. Oktober an den Folgen einer Darmoperation. Mitglied seit 1919.

Annaberg. Carl Watz. Lecht, geboren am 28. September 1897 in Annaberg, gestorben am 11. Oktober an Kehlkopfleidern. Mitglied seit 1919.

Annaberg. Johann Gahn. Meier, geboren am 26. November 1877 in Blatten (Böhmen), gestorben am 28. Juni an Knochenmarkstumor. Mitglied seit 1920.

Schleisingen. Margarethe Merkl, Gießerin, geboren am 21. Januar 1869 in Höchstädt, gestorben am 18. Oktober an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Duisdorf bei Bonn.

Auszahlung von Unterstützung und Spende in Kassenangelegenheiten jeden Dienstag ab 5 1/2 Uhr abends und jeden Samstag bis 2 Uhr nachmittags.
Der Kassierer: Heinrich Klein, Rochusstr. 3.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

— Puher auf Gips —

stellt ein

Pietro Mariotti, Figurenfabrik, Hannover, Köpferstraße

Porzellanmaler, unverheiratet, 33 Jahre alt, der einige Jahre in einer Privatmalerei tätig war, sucht Stellung. Angebote unter K. H. an die Redaktion der „Ameise“.

Ein tüchtiger Tellerbrecher und ein perfekter Schmelzer für Flachgeschirre sofort nach Rudolstadt gesucht.

Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter G. A.

Unterglasurmaler, perfekt in Freihandbefecken, Delftblau, Schablonieren und Schablonenschneiden, sucht Stellung. Suchender auch vollauf befähigt, eine Unterglasurmalerie neu einzurichten. Dasselbst ist auch gewillt, event. Stellung als Aufglasurmaler anzunehmen. Eintritt sofort.

Offerten unter N. M. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gesucht

ein erster Stanzler, der befähigt ist, Matrizen selbstständig einzurichten und in allen Zweigen der Stanzerei bewandert sein muß. Bei friedensstellenden Leistungen Aussicht auf Anstellung als

Stanzmeister.

Angebote erbeten an

Porzellanfabrik Schwarz, Spanbau, Richelsdorferstr. 59/60

Schreiner auf Apothekengefäße und Schilber jeder Art (auch Zeichner), auch etwas in Dekor und Stahlplattenarbeiten bewandert, wünscht Dauerstellung im In- oder Ausland. Solche, wo Suchender auch auf Glaschilber sich einarbeiten kann, bevorzugt. Stützen Diensten. Angeb. u. „A. A.“ an die „Ameise“ erbeten.

Puher und Maler für Gipsfiguren auf sofort gesucht.

H. Carl, Figurenfabrik, Cassel

Gewandter, zuverlässiger Bader für sofort gesucht.

Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Düst, Kleinendebach, S.

Tüchtiger Figurenmaler für sofort gesucht.

Tomini & Tabeni, Breslau, Berlinerstr. 18.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrizenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Beste Preis für diese Art.

Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

— Glanz- und Poliergold —

kauft laufend, auch kleinstes Quantum.

— Selbstverbraucher. —

— Reelle Bedienung. —

Max Klingler, Porzellanmaler, Münster i. Westf.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Goldschmelzerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Hoffmann, Stadtilm i. Thür.

— Bremer Qualitäts-Zigarren —

von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. Abatt à Stück 62, 75, 80, 90 und 115 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalschachtel.

— Nordh. Kantabak, gute, saftige Ware. — 10 R. oder Rn. 16 Mk.

Universal-Versand Hermannsdorf (S.-A.).

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenschuh — Segeltuchoberteil, Lederhülle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem marke-Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Sämtl. Lederwaren in nur guten Qualität, billigst. Verschreiben Sie Ihre Preisliste gratis. Bei Einzahlungen, anfallend, Rabat.

R. Meyer, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weiskammer (D.-L.).

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.